

A-01 Atomausstieg

Antragsteller/innen: BuVo

Gegenstand: Atomausstieg

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 17.06.2011

Energiewende in Deutschland – Grün geht voran

1 **Energiewende in Deutschland – Grün geht** 2 **voran**

3 Die Zukunft gestalten: erneuerbar, effizient und energiesparsam

4 Die atomare Vergangenheit endgültig beenden

6 **Die Konsequenzen aus Fukushima**

7 Die Atomkatastrophe in Fukushima hat die Welt wachgerüttelt. Dass in einem
8 Hochtechnologieland wie Japan mehrere Atomreaktoren gleichzeitig außer Kontrolle geraten
9 und es zu drei parallelen Kernschmelzen kommt, zeigt, welch unermessliches Risiko diese
10 Technologie für Mensch und Natur bedeutet. Die ganze Tragweite der Katastrophe ist bis
11 heute noch nicht absehbar, aber eines ist jetzt schon klar: Die Menschen in der Region und
12 weit darüber hinaus werden noch jahrzehntelang unter den Folgen leiden.

13 Fukushima hat nicht nur in Deutschland die Koordinaten der Energiepolitik grundlegend
14 verschoben. Die Schweiz will keine neuen Atomkraftwerke mehr bauen. In Italien stimmten
15 bei einem Referendum rund 95 Prozent gegen die Atomenergie. In vielen Ländern auf der
16 ganzen Welt steigt die Ablehnung der Atomkraft in der Bevölkerung, so in der Türkei, in
17 Japan, Tschechien, Polen und sogar in Frankreich. Ein erfolgreicher Komplettausstieg in
18 einem Industrieland wie Deutschland würde diese Entwicklungen unterstützen und den Druck
19 für einen europa- und weltweiten Ausstieg erhöhen. Wir Grüne kämpfen auch international
20 für das Ende der Atomkraft.

21 Atomkraft – für die Energieversorgung der Welt heute schon von nachrangiger Bedeutung –
22 wird in Europa zum Auslaufmodell. In den nächsten Jahren werden sehr viel mehr
23 Atomkraftwerke stillgelegt als neue gebaut.

24 Der Klimaschutz ist eine unserer größten Zukunftsaufgaben. Der Klimawandel schreitet
25 schneller voran als dies noch vor wenigen Jahren abzusehen war und die Folgen der
26 Erderwärmung sind vielerorts bereits seit Jahren spürbar. Es ist also höchste Zeit für eine
27 umfassende Energiewende. Die Vergangenheit mit Atom muss beendet werden. Die Zukunft
28 gehört der grünen Energiewende. Sie ist erneuerbar, effizient und energiesparend. Eine
29 wirkliche Energiewende gibt es nur mit uns Grünen – dafür streiten wir weiter, gemeinsam
30 mit den Umweltverbänden, der Anti-AKW-Bewegung und vielen anderen in einem breiten

31 gesellschaftlichen Bündnis.

32 Die zivile Nutzung der Atomenergie war schon immer eng verknüpft mit der militärischen.
33 Ein endgültiges Ende der zivilen Nutzung in Deutschland bedeutet für uns auch ein
34 starkes Zeichen im Kampf gegen die militärische Nutzung dieser Technologie.

35 Fukushima wurde für die schwarz-gelbe Bundesregierung zum politischen Desaster. Noch
36 im Herbst wollten Merkel, Röttgen und Brüderle die angeblich „sichersten Atomkraftwerke
37 der Welt“ (Merkel) bis 2040 oder sogar länger laufen lassen. Nun müssen sie ihr
38 Milliardengeschenk an RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW wieder einkassieren. Die
39 Laufzeitverlängerung wird zurückgenommen, die sieben ältesten Atomkraftwerke plus
40 Krümmel gehen – bis auf die geplante Kaltreserve – endgültig vom Netz und die Zockerei
41 mit den Reststrommengen hat endlich ein Ende. Das Märchen von der Stromlücke wurde
42 als das entlarvt, was es ist – ein Blendwerk der vier großen Energieversorger und der
43 schwarz-gelben Atomlobbyisten.

44 Diese 180-Grad-Wende nach nur sieben Monaten ist ein historischer Sieg der Anti-AKW-
45 Bewegung, der Umweltverbände und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – und ein
46 beispielloses Debakel für eine vollkommen verfehlte schwarz-gelbe Atompolitik. Zu
47 Hunderttausenden haben die Menschen gegen die Laufzeitverlängerung gekämpft, sind
48 für den schnellstmöglichen Ausstieg und die Stilllegung der ältesten Reaktoren auf die
49 Straße gegangen, haben auf Mahnwachen gestanden und bei Blockaden gesessen – aber
50 auch im Parlament und vor dem Bundesverfassungsgericht haben wir Grüne als Teil der
51 Bewegung seit über 30 Jahren dafür gestritten. Zusammen haben wir gewonnen: Der
52 Kampf der Pro-Atomparteien dagegen ist zu Ende.

53 **Grüne Energiewende statt Merkel-Murks**

54 Selbst wenn sich Schwarz-Gelb in der Atomfrage bewegt hat – für die notwendige grüne
55 Energiewende bleibt diese Bundesregierung ein Totalausfall. Die Union hat sich seit
56 Jahren als Dagegen-Partei profiliert. Gemeinsam mit der FDP war sie gegen das
57 Erneuerbare-Energien-Gesetz und hat auf Landesebene zum Beispiel den Ausbau von
58 Windenergie systematisch bürokratisch verhindert. Nicht umsonst sind Bayern und Baden-
59 Württemberg Schlusslichter beim Ausbau der Windenergie. Hier hat die jahrelange
60 Blockadepolitik unionsgeführter Landesregierungen Spuren hinterlassen. CDU und CSU
61 haben gegen den Emissionshandel gekämpft und verbindliche Energiesparziele
62 abgelehnt. Angela Merkel will uns jetzt glauben machen, dass sich diese Positionierung
63 der Union schlagartig geändert, ja sogar ins Gegenteil gekehrt habe. Doch die Merkel'sche
64 Energiewende ist eine Mogelpackung. Zu wenig, zu langsam und von oben herab.

65 **Merkel'sche Mogelpackungen**

66 Anstatt zielstrebig den vollständigen Umstieg auf erneuerbar erzeugten Strom anzugehen,
67 strebt die Bundesregierung bis 2020 einen Ökostromanteil von lediglich 35 Prozent an. In
68 Wahrheit heißt das, sie will den Ausbau verlangsamen, statt ihn zu beschleunigen. Und
69 danach richtet sie ihre Politik aus.

- 70 □ Sie will eine Kostengrenze für das Erneuerbare-Energien-Gesetz, zugleich aber
71 die Industrie großzügig von der Umlage befreien. Das ist sozial ungerecht und
72 schädlich für den Ausbau erneuerbarer Energien.
- 73 □ Sie verschlechtert die Förderung für preiswerte und schnell verfügbare
74 Windkraftanlagen an Land, treibt das Repowering nicht voran und richtet mit der

- 75 Marktprämie sowie der üppigen Förderung für Windparks auf See das Erneuerbare-
76 Energien-Gesetz einseitig auf Großunternehmen aus. Zusätzlich zielt die Koalition
77 auf weitere Kürzungen beim Solarstrom.
- 78 □ Zentral statt dezentral ist die schwarz-gelbe Devise. Nicht die dezentralen
79 Erneuerbaren, sondern neue Kohlekraftwerke sollen den größten Anteil des
80 wegfallenden Atomstroms ersetzen. Die Planung soll gestrafft, Bürgerbeteiligung
81 eingeschränkt, der Neubau der Klimakiller mit Milliardenbeträgen subventioniert
82 werden – ausgerechnet aus dem Klimaschutzfonds. Unsinniger geht es kaum. Statt
83 in die Energiezukunft führt uns Schwarz-Gelb zurück ins letzte Jahrhundert.
84 Gleichzeitig wird der Ausbau umweltschonender Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen
85 weiter dahinsiechen, wenn Schwarz-Gelb nicht endlich die Förderbedingungen
86 verbessert.
 - 87 □ Von oben herab will die Bundesregierung das Land mit neuen Stromtrassen
88 durchziehen. Zentralisierung der Planung beim Bund anstelle transparenter
89 Verfahren und mehr Akzeptanz durch Erdkabel – Schwarz-Gelb organisiert den
90 Netzausbau nicht mit den Bürgerinnen und Bürgern, sondern gegen sie.
 - 91 □ Auch beim Energiesparen bleibt die Merkel-Regierung ein Totalausfall. Auf EU-
92 Ebene blockiert die Bundesregierung ein verbindliches Einsparziel von 20 Prozent.
93 Im eigenen Land betreibt sie das Energiesparen nur als unverbindliche und
94 freiwillige Schönwetterdisziplin. Wirksame Maßnahmen zur Senkung des
95 Stromverbrauchs sucht man bei Schwarz-Gelb vergebens. Das erst kürzlich von der
96 Koalition zusammengestrichene Gebäudesanierungsprogramm wird viel zu
97 zögerlich wieder aufgestockt. Und das, obwohl das Programm Milliardenaufträge für
98 Handwerk und Industrie bringt und sich über die zusätzlichen Steuereinnahmen
99 selbst finanziert. Klimaschutz, Arbeitsplätze und Einsparungen in Milliardenhöhe
100 bleiben so auf der Strecke.

101 Die jetzt von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzesnovellen zum Ausbau der
102 Erneuerbaren Energien, der Leitungsnetze und Speicherkapazitäten werden dem
103 Anspruch einer echten grünen Energiewende nicht gerecht. Werden sie nicht substantiell
104 nachgebessert, können wir diesen Gesetzen nicht zustimmen.

105 **Erster Schritt zum Atomausstieg**

106 Mit der Rücknahme der Laufzeitverlängerungen kehrt die Bundesregierung zum rot-
107 grünen Atomkonsens von 2001 zurück, mit den festen Ausstiegsdaten wird das Ende der
108 Atomkraft sogar besser abgesichert. Zehn Jahre Kampf von Angela Merkel gegen den
109 Ausstieg enden mit einer krachenden Niederlage. Die von den Regierungsfractionen jetzt
110 vorgelegt Novelle des Atomgesetzes (AtG) nimmt die Laufzeitverlängerung zurück,
111 schaltet bis auf die Kaltreserve die sieben ältesten AKW plus den Pannereaktor Krümmel
112 endgültig ab und legt für alle restlichen AKW in Deutschland jeweils ein festes
113 Abschaltdatum fest. Damit kommt Schwarz-Gelb Forderungen nach, die wir auch in den
114 grünen Gesetzesanträgen formuliert haben und für die Hunderttausende auf die Straßen
115 gegangen sind. Diese Vorschläge der Bundesregierung zum Atomausstieg sind ein Schritt
116 in die richtige Richtung. Wir drängen aber mit aller Kraft weiter darauf, dass Schwarz-Gelb
117 diese Novelle rechtssicher begründet und sie in wesentlichen Punkten verbessert. Gerade
118 bei der Frage der Sicherheit der Atomanlagen, bei der Entsorgungsfrage und bei den
119 Laufzeiten bleibt die Bundesregierung hinter den Erfordernissen zurück. Dazu werden wir
120 im parlamentarischen Verfahren konkrete Änderungsvorschläge machen.

121 Der Abschaltplan der Bundesregierung bis 2022 ist nicht der schnellstmögliche

122 Atomausstieg. Er bleibt hinter den Vorschlägen der Ethikkommission zurück. Zwar hat
123 Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann gemeinsam mit
124 seinen Länderkollegen erreicht, dass der ursprüngliche Ausstiegszeitplan von Angela
125 Merkel nach vorne gezogen wurde. So wurde ein zehnjähriges Ausstiegsmoratorium
126 verhindert. Wir Grüne haben aber nachgewiesen: Deutschland kann versorgungssicher,
127 rechtssicher und klimafreundlich bis 2017 komplett aus der Atomenergie aussteigen.
128 Sowohl im Bundesrat als auch im Bundestag haben wir das durch unterschiedliche
129 Initiativen deutlich gemacht und für unseren Ausstiegsplan um Mehrheiten geworben. Wir
130 bedauern und kritisieren scharf, dass die Bundesregierung nicht den Mut zu einem
131 schnelleren, auch vom Umweltbundesamt durchgerechneten Ausstieg hat. Aber die Frage,
132 ob die sieben ältesten Anlagen plus Krümmel vom Netz gehen sollen oder nicht, werden
133 wir nicht verneinen. Wir stimmen für die Stilllegung dieser acht Schrottreaktoren. Auch
134 werden wir für die Rücknahme der Laufzeitverlängerung stimmen, mit der Atomkraftwerke
135 in Deutschland bis mindestens 2040 weiter laufen würden.

136 Hinzu kommt: Für uns Grüne ist der breite Konsens möglichst aller politischen Parteien im
137 Bundestag für den Ausstieg aus der Hochrisikotechnologie Atom ein Wert an sich. Damit
138 wird ein erneutes Aufbrechen der Vereinbarung politisch nahezu unmöglich. Die –
139 vielleicht einmalige – Chance auf einen solchen politischen Kompromiss besteht jetzt, in
140 diesem Moment nach Fukushima. Deswegen sind wir Grüne grundsätzlich bereit, die AtG-
141 Novelle im Bundestag mitzutragen. Angela Merkel muss auch wissen: Wer wirklich einen
142 breiten gesellschaftlichen Konsens für den Atomausstieg will, der muss auch ernsthafte
143 Verhandlungen mit uns Grünen, den anderen Oppositionsparteien, mit den
144 Umweltverbänden und der Anti-AKW-Bewegung führen. Eine parlamentarische Mehrheit
145 ist noch kein gesellschaftlicher Konsens.

146 Merkels Atomwende ist notwendig, aber nicht hinreichend. Für uns Grüne ist damit eine
147 Zwischenetappe in unserem langen Kampf gegen die Atomkraft und für einen
148 grundlegenden Umbau der energetischen Infrastruktur unseres Landes hin zu den
149 Erneuerbaren Energien erreicht. Doch wir sind noch lange nicht am Ziel. Und wenn Union
150 und FDP glauben, ein Thema, das für sie zum Waterloo wurde, nun mit einigen hektischen
151 Gesetzesnovellen abräumen zu können, dann fallen sie von einem Irrtum in den nächsten.

152 **Mehr Sicherheit nötig**

153 Denn selbst bei der Rücknahme der eigenen Gesetze ist die Bundesregierung nicht
154 konsequent. Sie hat nicht alle vorgenommenen Verschlechterungen zurückgenommen.

155 Jedes noch laufende AKW bleibt eine Gefahr, daher brauchen wir deutlich höhere
156 Sicherheitsanforderungen als bisher. Umgehend müsste dafür der § 7d, der die
157 Sicherheitsstandards senkt, aus dem AtG gestrichen werden. Gegen diesen Paragraphen
158 klagt die grüne Bundestagsfraktion vor dem Bundesverfassungsgericht. Außerdem muss
159 die Bundesregierung endlich die noch vom grünen Bundesumweltminister Jürgen Trittin
160 2003 in Auftrag gegebene und seit über zwei Jahren endlich vorliegende Überarbeitung
161 des Kerntechnischen Regelwerks in Kraft setzen. Die grün-rote Landesregierung in
162 Baden-Württemberg hat bereits angekündigt, es entsprechend anzuwenden.

163 Aus diesem Grund ist es nicht akzeptabel, dass die Bundesregierung noch zwei Jahre
164 lang eines der alten AKW als so genannte Kaltreserve vorhalten will. Dies ist
165 energiewirtschaftlicher Unsinn, weil nur Gas- und Biomassekraftwerke im Bedarfsfall
166 schnell und flexibel hochgefahren werden können. Und es ist unnötig gefährlich – auch die
167 Fukushima-Reaktoren waren nicht am Netz, als die Kernschmelzen eintraten. Auch ist die

168 behauptete 10 Gigawatt-Stromlücke zu Spitzenzeiten im Winter nicht belegt. Das
169 Ökoinstitut hat errechnet, dass etwaige Stromlücken mit der vorhandenen konventionellen
170 Kraftwerksreserve abgedeckt werden können. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit,
171 Verbrauchsspitzen gezielt abzusenken (Lastmanagement). Dies wird bislang noch so gut
172 wie gar nicht genutzt, aber inzwischen sogar von den großen Industrieunternehmen positiv
173 bewertet.

174 **Kein Atommüllendlager in Gorleben**

175 In die Endlagerfrage ist endlich Bewegung gekommen, ausgelöst durch die Bereitschaft
176 der neuen grün-roten Landesregierung, eine Endlagersuche auch in Baden-Württemberg
177 zuzulassen. Die Bundesregierung hat aber trotz der jüngsten Zusagen an die
178 MinisterpräsidentInnen noch keinen Schwenk in ihrer Endlagerpolitik vorgenommen.
179 Stattdessen wird in Gorleben weitergebaut, ein konkreter Vorschlag für eine
180 ergebnisoffene, bundesweite Endlagersuche wurde von der Bundesregierung bislang nicht
181 vorgelegt. Genau das aber erwarten wir, wenn die Ankündigungen vom bayerischen
182 Ministerpräsidenten Seehofer ernst gemeint sein sollen.

183 Wir bleiben dabei: Der Bau des Endlagers in Gorleben muss sofort beendet werden.
184 Gorleben als Endlagerstandort ist geologisch ungeeignet und politisch verbrannt. Wir
185 brauchen ein Endlagersuchgesetz, das auf den Empfehlungen des AK End aufbaut. Die
186 Bundesregierung muss jetzt einen Baustopp in Gorleben aussprechen. Und sie muss ein
187 ergebnisoffenes, bundesweit vergleichendes Endlagersuchverfahren auf den Weg
188 bringen. Im AtG muss die im letzten Herbst eingefügte Enteignungsklausel, die auf einen
189 schnellen Ausbau in Gorleben abzielt, wieder gestrichen werden.

190 Ansonsten sind wir Grüne gemeinsam mit der Anti-AKW-Bewegung und den
191 Umweltverbänden weiterhin bereit, für Massenproteste im Herbst in Gorleben und für
192 einen Atommüllendlager-Wahlkampf in Niedersachsen 2013.

193 **Der Kampf um den endgültigen Atomausstieg und für die 194 grüne Energiewende geht weiter'**

195 Die Korrektur der eigenen Fehler durch die Merkel-Regierung und das Abschalten der acht
196 ältesten und unsichersten AKW sind nur ein erster Schritt. Der eigentliche Atomausstieg
197 beginnt erst danach. Und den müssen wir Grüne – spätestens mit neuer
198 Regierungsverantwortung im Bund ab 2013 – in die Hand nehmen.

- 199 Wir müssen und werden die Sicherheit der noch laufenden AKW deutlich
200 verbessern, das ist die Lehre aus Fukushima. Wir wollen daher die
201 Sicherheitsanforderungen erhöhen, das Kerntechnisches Regelwerk zügig
202 weiterentwickeln und entsprechende Nachrüstung an den AKW durchsetzen. Alle
203 AKW müssen den Nachweis erbringen, dass ein Absturz eines Passagierflugzeugs
204 nicht zu einer nuklearen Katastrophe führt. Wenn Nachrüstungen erforderlich
205 werden, darf deren Anordnung durch die Atomaufsicht nicht zu
206 Entschädigungspflichten der Allgemeinheit gegenüber den Betreibern führen. Wir
207 wollen die entsprechende Passage im Atomgesetz streichen.
- 208 Der Strahlenschutz muss für das gesamte AKW-Personal deutlich verbessert
209 werden.
- 210 Wir werden endlich die ergebnisoffene, bundesweit vergleichende Suche nach dem
211 bestmöglichen Standort für ein Atommüllendlager umsetzen und den Bau des

- 212 Endlagers in Gorleben beenden. Die Bergung im absaufenden „End“lager Asse
213 muss zügig angegangen werden. Wir bleiben bei unserer Forderung, die AKW-
214 Betreiber gemäß ihrem Anteil von über 80 Prozent am radioaktiven Potential in der
215 Asse an den Kosten zu beteiligen.
- 216 □ Wir wollen die gesetzlich vorgeschriebenen Rückstellungen der Atomkonzerne für
217 den Rückbau der AKW und die Entsorgung des Atommülls sicher in die öffentliche
218 Hand überführen. Beim Rückbau der Atomanlagen werden wir auf höchstmögliche
219 Sicherheitsstandards und umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung achten.
 - 220 □ Zu einem konsequenten und glaubwürdigen Atomausstieg müssen letztlich alle
221 Anlagen des Kernbrennstoffkreislaufs wie die Urananreicherungsanlage Gronau
222 oder die Brennelementproduktion Lingen geschlossen werden.
 - 223 □ Wir wollen die Brennelementsteuer solange erheben, wie die AKW am Netz sind
224 und schrittweise anheben. Dadurch werden die ungerechtfertigten ökonomischen
225 Vorteile der Atomkraftwerke verringert. Wahre Preise entziehen der Atomenergie
226 ihre ökonomische Basis.
 - 227 □ Wenn der Ausstieg wirklich glaubwürdig sein soll, dann muss Deutschland endlich
228 aufhören, den Bau von Atomkraftwerken anderswo zu unterstützen. Es darf keine
229 Hermes-Kredite für den Bau von AKW, wie für Angra 3 in Brasilien, mehr geben.
 - 230 □ Forschungsgeld darf nicht mehr in die Entwicklung atomarer Technologien fließen,
231 sondern in Zukunftstechnologien wie Speichersysteme. Der Erforschung und
232 Entwicklung neuer atomarer Großtechnologien wie Kernfusion und Transmutation
233 erteilen wir eine klare Absage.
 - 234 □ Die Atomkraftwerksbetreiber haben bislang die Risiken der Atomenergie sozialisiert.
235 Das real gewordene Restrisiko muss versichert werden. Wir wollen die
236 Versicherungspflicht, die sogenannte Deckungsvorsorge, deutlich anheben. Wenn
237 am Versicherungsmarkt keine Deckung zu erzielen ist, sollten die Betreiber
238 verpflichtet werden, ihre Risiken beim Staat gegen Gebühr zu versichern.
 - 239 □ Euratom muss endlich beendet werden.
- 240 Wir haben gelernt: Gesellschaftlicher Druck und gesellschaftliche Bündnisse sind nicht nur
241 entscheidend dafür, Ziele politisch zu erreichen, sondern auch dafür, Erreichtes zu
242 verteidigen und tatsächlich zu Ende zu bringen. Für den Atomausstieg werden wir weiter
243 kämpfen, bis das letzte AKW abgeschaltet und Gorleben rückgebaut ist – in den
244 Parlamenten und gemeinsam mit der Anti-AKW- und der Umweltbewegung, auf den
245 Straßen und Plätzen sowie vor den Toren der Anlagen. Zusammen mit den
246 Umweltverbänden und der Anti-AKW-Bewegung sind und bleiben wir Grüne der Garant für
247 den Ausstieg.

248 **Die Zukunft ist erneuerbar, effizient und energiesparsam**

- 249 Der Ausstieg aus der Atomkraft ist aber nur die eine Seite der Medaille, die andere ist der
250 schnelle Umstieg auf Erneuerbare Energien und ein konsequenter Klimaschutz. Wir Grüne
251 haben insbesondere mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz den Umstieg vor gut zehn
252 Jahren eingeleitet und ihn gegen den erbitterten Widerstand von Schwarz-Gelb verteidigt.
- 253 □ Gerade jetzt ist die Zeit, weiter Druck für eine echte grüne Energiewende zu
254 machen. Wir müssen raus aus der Atomkraft, endgültig und zügig – und ohne
255 Nostalgie für Kohle und Öl. Deutschland hat die gesellschaftlichen, technologischen
256 und ökonomischen Möglichkeiten, bereits bis 2030 vollständig auf erneuerbaren
257 Strom umzusteigen. Diese Chance wollen wir nutzen. Denn anders als die
258 derzeitige Bundesregierung haben wir Grüne ein Konzept, wie die Energiewende

- 259 schnellstmöglich und sicher gelingen kann:
- 260 □ Bis 2020 wollen wir den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung
- 261 deutlich über 40 Prozent erhöhen. Kurzfristig setzen wir vor allem auf die Windkraft
- 262 an Land und Solarstrom, mittelfristig werden Windparks auf See immer mehr Strom
- 263 liefern. Bioenergie wollen wir nachhaltig machen und bedarfsorientiert erzeugen,
- 264 damit sie gemeinsam mit Geothermie und naturverträglicher Wasserkraft, den
- 265 Speichermöglichkeiten in Skandinavien und dem Alpenraum sowie neuen
- 266 Speichern Angebotsschwankungen bei Wind- und Solarstrom klimafreundlich
- 267 ausgleichen kann.
- 268 □ Flexibel, dezentral, beteiligungsorientiert und klimaverträglich – so sieht die grüne
- 269 Energieerzeugung der Zukunft aus. Für neue Kohlekraftwerke ist in diesem System
- 270 kein Platz! Den Neubau von Kohlekraftwerken wollen wir durch verbindliche hohe
- 271 Anforderungen an die Effizienz- und Flexibilität unterbinden. Wir setzen in der
- 272 Übergangszeit auf flexible Gaskraftwerke und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen
- 273 (KWK) zur Stabilisierung der Stromversorgung. Dazu wollen wir die
- 274 Förderbedingungen für KWK verbessern sowie als neues Instrument
- 275 Kapazitätsmärkte einführen, die nicht nur den erzeugten Strom, sondern auch die
- 276 Bereitstellung von Kraftwerken ökonomisch honorieren. Dadurch wird ein
- 277 Marktimpuls zur Investition in effiziente und hochflexible Kraftwerke gesetzt, den wir
- 278 perspektivisch auf den Umbau des Stromsystems hin zu erneuerbaren Energien
- 279 und besonders auf die Einbindung neuer Speicherkapazitäten hin ausweiten wollen.
- 280 □ Grün macht Ernst mit dem Energiesparen. Bis 2020 wollen wir den Verbrauch um
- 281 20 Prozent senken. Mit einem Mix aus konkreten Energiesparvorgaben, besserer
- 282 Beratung und Information sowie unbürokratischer und höherer Förderung ist das zu
- 283 schaffen. Wesentliche Grundlage ist ein neues Energieeffizienzgesetz mit
- 284 verbindlichen Zielen, Sparvorgaben für Energieversorger und Energie-Audits für
- 285 Unternehmen.
- 286 □ Wir wollen darüber hinaus die Energiesparförderung deutlich aufstocken. Das
- 287 Gebäudesanierungsprogramm soll auf jährlich 2 Mrd. Euro erhöht und verstetigt
- 288 werden. Zusätzlich wollen wir einen neuen Energiesparfonds in Höhe von 3 Mrd.
- 289 Euro einrichten, aus dem Information und Beratung, Stromsparmaßnahmen sowie
- 290 die energetische Sanierung in Quartieren mit hohem Anteil einkommensschwacher
- 291 Haushalte gefördert werden. Wir wollen zugleich die Rechte der Mieter stärken, die
- 292 Kosten der energetischen Sanierung gerecht auf Vermieter und Mieter verteilen und
- 293 die Modernisierungsumlage von 11 auf 9 Prozent senken.
- 294 □ Wir stellen uns der großen Herausforderung, die Energieinfrastruktur in den
- 295 kommenden Jahren auf die vollständige Umstellung auf Ökostrom auszurichten.
- 296 Wir wollen einen Netzausbau unter öffentlicher Kontrolle auf der Grundlage eines
- 297 „Bundesplan Stromnetze“, der auf transparenten Daten basiert und in einem
- 298 demokratischen Diskurs legitimiert wird, sowie eine verbindliche Bund-Länder-
- 299 Initiative zur Beschleunigung der Planungsprozesse. Wir tragen die Beschleunigung
- 300 beim Netzausbau mit, solange Bürgerbeteiligung ausgebaut und verbessert wird.
- 301 Für uns steht die frühzeitige und umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und
- 302 Bürger beim Trassenbau an erster Stelle, um ihre tatsächlichen
- 303 Einflussmöglichkeiten und die demokratische Teilhabe vor Ort sicherzustellen. Wir
- 304 wollen den Einsatz von Erdkabeln deutlich vereinfachen und zumindest
- 305 Teilverkabelung auf allen Neubautrassen ermöglichen. Mehrkosten sollen von der
- 306 Bundesnetzagentur anerkannt und auf die Netzentgelte umgelegt werden können.
- 307 □ Wir wollen durch die Erschließung neuer Speicher die Voraussetzung für eine
- 308 vollständige und sichere Versorgung aus erneuerbaren Energien schaffen. Eine

309 dezentrale Energiestruktur sowie die Modernisierung der Verteilnetze können den
310 Speicherbedarf und den Ausbaubedarf von Hochspannungsnetzen deutlich senken.
311 Wir wollen durch neue Kabel zu den Wasserspeichern Skandinaviens und in den
312 Alpen kurzfristige Speicherkapazitäten erschließen und heute Geld und Know-How
313 in die Entwicklung neuer Speicherlösungen, etwa die Erzeugung von Wind- bzw.
314 Solargas (Methanisierung), stecken.

315 Wir sehen in der Energiewende in Deutschland gerade auch erhebliche Chancen für den
316 internationalen Klimaschutz und das Erreichen des Zwei-Grad-Ziels. Wenn ein
317 Industrieland wie Deutschland sich aufmacht in ein Zeitalter ohne Atom und Kohle, hat das
318 international eine erhebliche Signalwirkung. Angesichts einer Realität von bereits
319 mehreren Millionen von Klimaflüchtlingen weltweit müssen konkrete Projekte vor allem in
320 den ärmsten Ländern der Welt unterstützt und realisiert werden. Das ist nur möglich, wenn
321 die für den internationalen Klimaschutz zugesagten Gelder ohne Abstriche zu Verfügung
322 stehen. Doch die Bundesregierung belastet den Energie- und Klimafonds mit zusätzlichen
323 Ausgaben wie der Strompreiskompensation für energieintensive Branchen oder den
324 Förderprogrammen für Elektromobilität, ohne dass sie die Einnahmen entsprechend
325 erhöht. So wird der internationale Klimaschutz auf die lange Bank geschoben und damit
326 eine wichtige Chance vergeben. Und so wird dem Prinzip der internationalen
327 Klimagerechtigkeit und Solidarität Hohn gesprochen.

328 Das Konzept der Grünen Energiewende zeigt, wie sehr im Gegensatz dazu die schwarz-
329 gelbe Bundesregierung in der Energie- und Klimapolitik im Gestern verharret. Deswegen
330 beurteilen wir die Vorschläge, die uns die Bundesregierung in insgesamt acht
331 Gesetzesvorhaben zum Atomausstieg und zur Energiewende vorlegt, differenziert. Vieles
332 ist mit der heißen Nadel gestrickt. Vieles ist halb gar, einiges ganz falsch. Einige Schritte
333 gehen in die richtige Richtung, aber reichen bei weitem noch nicht aus. Den Atomausstieg
334 wollen wir unterstützen – eine unsinnige Kaltreserve, mangelhafte AKW-Sicherheit,
335 fehlende Endlagersuche und eine Energiewende, die zurück zur Kohle will, sind für uns
336 dagegen nicht zustimmungsfähig.

337 **Seit mehr als 30 Jahren kämpfen wir konsequent für den Atomausstieg und den**
338 **Einstieg in die Erneuerbaren Energien. Eine wichtiger Sieg ist nun errungen, aber**
339 **der Kampf geht weiter: für die Abschaltung aller Atomkraftwerke und die Lösung für**
340 **den Umgang mit Atommüll, für den kompletten Umstieg unserer Energieversorgung**
341 **auf erneuerbare Quellen, für besseren Klimaschutz und internationale**
342 **Klimagerechtigkeit – und gegen schwarz-gelbe Bremser und Rollback-Versuche der**
343 **Konzerne.**

344 **Als erstes Industrieland kann Deutschland die Energiewende schaffen – und wir**
345 **Grüne sind dafür die treibende politische Kraft.**

346 *Dieser Antrag entstand unter Mitwirkung von: Oliver Krischer, Renate Künast, Jürgen*
347 *Trittin, Bärbel Höhn, Dorothea Steiner, Rebecca Harms, Sylvia Kotting-Uhl, Ingrid Nestle,*
348 *Arnd Grewer, Hans-Josef Fell, Johannes Remmel, Eveline Lemke, Simone Peter, Udo*
349 *Paschedag*

350